

H E R A U S G E B E R

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Bundesstiftung des öffentlichen Rechts
Der Vorstand
Karsten Brenner, Ministerialdirektor a. D. (Vorsitzender)
Prof. Dr. Dieter Dowe
Prof. Dr. Klaus Schönhoven

R E D A K T I O N

Dr. Wolfram Hoppenstedt (Geschäftsführer)
Julia Hornig M.A.
Dr. Bernd Rother
Dr. Wolfgang Schmidt

Schriftleitung: Dr. Wolfgang Schmidt

© 2006 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
im Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
D-10825 Berlin
Telefon 030/78 77 07-0
Telefax 030/78 77 07-50
E-Mail: info@willy-brandt.de
www.willy-brandt.de

G E S T A L T U N G

Löning Werbeagentur, Berlin

R E A L I S A T I O N U N D D R U C K

Druckerei Wennig, Dinkelsbühl

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2006
ISSN 1434-6176
ISBN 3-933090-12-1

Hans Arnold
Willy Brandt und Europa

Vortrag anlässlich der Festveranstaltung
der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
zur Verleihung des Willy-Brandt-Preises 2005
am 6. Oktober 2005 im Rathaus Schöneberg

■ I N H A L T

Willy Brandt –

Stationen seines Lebens 7

Wolfgang Thierse

*Grußwort des Vorsitzenden des Kuratoriums der
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung* 9

Hans Arnold

Willy Brandt und Europa 17

Dokumentation

*Artikel des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland,
Willy Brandt, für die New York Times vom 29. April 1973* 29



Bundeskanzler Willy Brandt im Palais Schaumburg 1972

■ W I L L Y B R A N D T

Stationen seines Lebens

1913	Am 18. Dezember in Lübeck geboren
1930	Eintritt in die SPD
1933-1945	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
1936	Illegaler Aufenthalt in Berlin
1945-1947	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
1947	Presseattaché an der Norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin
1948	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
1949-1957, 1961	Berliner Vertreter im Deutschen Bundestag
1950-1969	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
1955-1957	Präsident des Abgeordnetenhauses
1957-1966	Regierender Bürgermeister von Berlin
1964-1987	Vorsitzender der SPD
1966-1969	Bundesaußenminister und Vizekanzler
1969-1992	Mitglied des Deutschen Bundestages
1969-1974	Bundeskanzler
1971	Verleihung des Friedensnobelpreises
1976-1992	Präsident der Sozialistischen Internationale
1977-1983	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
1979-1983	Mitglied des Europäischen Parlaments
1987-1992	Ehrevorsitzender der SPD
1992	Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben

■ BUNDESTAGSPRÄSIDENT WOLFGANG THIERSE

Grußwort des Kuratoriumsvorsitzenden

Lieber Herr Altbundespräsident Scheel, Exzellenzen, liebe Ninja Frahm, sehr geehrte Frau Kultursenatorin Borns, lieber Herr Dr. Groß, sehr geehrter Herr Dr. Arnold, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als Vorsitzender des Kuratoriums der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung möchte ich Sie sehr herzlich zu unserer Festveranstaltung im Willy-Brandt-Saal des Rathauses Schöneberg begrüßen.

Wir bedanken uns bei den Mitgliedern des Percussion-Ensembles „RAKATAK“ für diese temperamentvolle Eröffnung des Abends und die weitere musikalische Begleitung.

Besonders herzlich möchte ich den Festredner des heutigen Abends, Herrn Botschafter a. D. Dr. Hans Arnold, begrüßen. Wir danken Ihnen, lieber Herr Arnold, dass Sie sich bereit erklärt haben, uns Ihre Gedanken zum Thema „Willy Brandt und Europa“ mitzuteilen.

Meine Damen und Herren, das Kuratorium hat im Jahr 2003 auf Vorschlag des Vorstandes beschlossen, dass die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung einen „Willy-Brandt-Preis zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern“ stiftet, der alle zwei Jahre verliehen wird. Ausgezeichnet werden soll eine herausragende wissenschaftliche Arbeit – eine Dissertation oder Habilitation –, sofern sie einen Bezug zum politischen Wirken Willy Brandts hat.

Der Willy-Brandt-Preis 2005 wurde im Oktober vergangenen Jahres öffentlich ausgeschrieben. Sieben Wissenschaftler haben sich daraufhin beworben. Auf Vorschlag der Auswahlkommission hat das Kuratorium Ende August beschlossen, dass der Berliner Zeithistoriker und Redakteur der Zeitung „Die Welt“, Dr. Daniel Friedrich Sturm, für die von ihm vorgelegte Dissertation ausgezeichnet werden soll. Sie trägt den Titel „Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90“.

Lieber Herr Sturm, meine Damen und Herren,

am 2. Oktober 1990, kurz vor Mitternacht, wurde vor dem Berliner Reichstag die

schwarz-rot-goldene Fahne gehisst. Die zu Zehntausenden vor dem Gebäude versammelten Bürgerinnen und Bürger stimmten feierlich die Nationalhymne an. Mit Anbruch des 3. Oktober war die Einheit Deutschlands – und damit ein politisches Lebensziel Willy Brandts – Realität. Als die Nationalhymne verklungen war, schüttelte der zutiefst bewegte Ehrenvorsitzende der SPD, Willy Brandt, zunächst Bundespräsident Richard von Weizsäcker und seinem Nachfolger im Amt des Bundeskanzlers, Helmut Kohl, und danach einigen Parteifreunden und Vertretern der Christdemokraten die Hand. Einem anwesenden Ministerpräsidenten verweigerte Willy Brandt jedoch den Handschlag – Oskar Lafontaine.

Diese nächtliche Szene auf den Stufen vor dem Reichstag, die Sie, Herr Sturm, in Ihrer Studie schildern, demonstriert das tiefe Zerwürfnis zwischen Willy Brandt und Oskar Lafontaine. Sie symbolisiert aber auch die damals vorherrschenden deutschlandpolitischen Differenzen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Es ist nicht zu leugnen: Das Ringen um Deutschlands Einheit war eine Zerreißprobe für die damalige westdeutsche SPD. Dies steht im Mittelpunkt der innovativen und wegweisenden Arbeit von Herrn Sturm. Willy Brandt, das war schon damals nicht zu verkennen, war mit dem Kurs seiner Partei unzufrieden. Vor allem wandte er sich entschieden gegen die vornehmlich durch Oskar Lafontaine vertretene Auffassung, dass die Trennung der beiden Teile Deutschlands eine Voraussetzung für die Bewahrung des Friedens in Europa sei. Obwohl Willy Brandt und andere führende Sozialdemokraten wie Hans-Jochen Vogel mahnten und drängten, die einmalige Chance der deutschen Einheit zu ergreifen, akzeptierten schließlich Teile der SPD nur die Fakten, die andere schufen: die Herstellung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion – und in der Folge die staatliche Einheit.

Es ist eine spannende – und für die SPD sicher nicht ganz bequeme – Arbeit, die Sie, Herr Sturm, vorgelegt haben. Auf der Grundlage von zahlreichen bisher unveröffentlichten Dokumenten sowie Interviews mit über 50 Akteuren enthüllt sie ein ereignis- und konfliktreiches Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte. Gemeinsam mit den Mitgliedern der Auswahlkommission – dem Vorstand unserer Stiftung und den Herausgebern der Berliner Ausgabe – bin ich davon überzeugt, dass Ihre Arbeit eine breite öffentliche Debatte auslösen wird. Sie erscheint im kommenden Jahr als Buch im Dietz-Verlag und wird das erste Werk unserer neuen Reihe „Willy-Brandt-Studien“ sein. Ich möchte Sie jetzt bitten, zu mir auf das Podium zu kommen.

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung verleiht Herrn Dr. Daniel Friedrich Sturm für die Dissertation zum Thema „Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90“ den Willy-Brandt-Preis 2005 zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern.

Berlin, den 6. Oktober 2005

Präsident a. D. Dr. Gerhard Groß, Vorsitzender des Vorstandes

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, Vorsitzender des Kuratoriums

Herzlichen Glückwunsch!



Dr. Daniel Friedrich Sturm, Willy-Brandt-Preis-Träger 2005

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

im Oktober 1994 trat das Errichtungsgesetz zur Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung in Kraft. Vor genau einem Jahr haben wir in einem Festakt das zehnjährige Stiftungsjubiläum gefeiert. Elf Monate nach Inkrafttreten des Errichtungsgesetzes, am 26. September 1995, konnte der damalige Bundespräsident Roman Herzog die Mitglieder des ersten Kuratoriums berufen – seinerzeit unter der Leitung von Altbundespräsident Walter Scheel. Noch am Tage seiner Berufung hat das Kuratorium die drei Mitglieder des ersten Vorstandes ernannt. Er ist ehrenamtlich tätig und bildet die Spitze der Exekutive und Geschäftsführung unserer Stiftung.

Das Amt des Vorstandsvorsitzenden bekleidet seit nunmehr über zehn Jahren Herr Präsident a. D. Dr. Gerhard Groß. Auf der morgigen Kuratoriumssitzung wird er es – auf seinen Wunsch – in die Hände seines Nachfolgers legen.

Lieber Herr Dr. Groß,

Sie können – nunmehr im 76. Lebensjahr – auf eine großartige Lebensleistung zurückblicken. Ihr Berufseinstieg hat Sie sogleich als Regierungsrat in das Bayerische Staatsministerium der Finanzen geführt. Von da an waren Sie durchweg in politisch wichtigen Arbeitsbereichen tätig: in Bayern bei der Aufarbeitung der Folgekosten der Flüchtlingsströme nach dem Zweiten Weltkrieg, und beim Bund im Bundesinnenministerium – wohin sie nach fünfjähriger Tätigkeit in Bayern wechselten – in der Tarifpolitik, der Sportpolitik, im Datenschutz sowie in der Medienpolitik und der Kommunalpolitik. Über die Kommunalpolitik haben Sie an der Seite des inzwischen verstorbenen Parlamentarischen Staatssekretärs Waffenschmidt in vielen Beratungen und Vorträgen am Aufbau des Kommunalwesens in den neuen Bundesländern tatkräftig mitgewirkt.

Sie waren zu einer Art Krisenmanager geworden. Daher fiel auch die Entscheidung Ihres seinerzeitigen Ministers – wohl mehr oder weniger zwangsläufig – auf Sie, als es darum ging, die Flut der Asylbewerber einzudämmen, soweit sie als Wirtschaftsflüchtlinge nach Deutschland kamen. Als Sie im Jahr 1992 das Amt des Präsidenten des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Nürnberg übernahmen, zählte man über 430.000 Asylbewerber im Jahr. Die von den Unterbringungs- und Versorgungsverpflichtungen überforderten Kommunen sprachen vom „nationalen Notstand“. Sie haben auch diese außerordentlich schwierige und komplexe Aufgabe gemeistert und durch Ihre Arbeit zugleich großes Ansehen auf dem Gebiet des internationalen Asyl- und Flüchtlingsrechts erworben.



Bundestagspräsident Wolfgang Thierse dankt dem langjährigen Vorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Dr. Gerhard Groß, zum Abschied für die sehr erfolgreiche Arbeit

Vor diesem Hintergrund ist verständlich, dass Sie nach Beendigung Ihrer aktiven Dienstzeit vom Bundesminister des Innern als Vorstandsvorsitzender der vor der Gründung stehenden Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung vorgeschlagen und mit deren Aufbau beauftragt wurden.

Auch nach Beendigung Ihrer aktiven Dienstzeit, die in Ihrem Fall über das 65. Lebensjahr hinaus verlängert wurde, haben Sie sich in hohem Maße verdient gemacht – nicht nur durch Ihre Tätigkeit für unsere Stiftung. Sie haben zwei Jahre lang zusätzlich noch die politisch sehr brisante Aufgabe des Koordinators für die Neuorganisation der Landesverwaltung in Rheinland-Pfalz übernommen und die Neuordnung gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt. Das Gesetz zu dieser Neuorganisation, das weitgehend Ihre Handschrift trägt, ist mittlerweile beispielgebend für andere Bundesländer.

Nach allem überrascht es nicht, dass Sie durch hohe Auszeichnungen geehrt wurden: Sie sind Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes, des Rheinland-Pfälzischen Verdienstordens und der sehr selten verliehenen französischen Auszeichnung eines Ritters der Ehrenlegion.

Lieber Herr Groß, noch ein paar Worte zu Ihrer Tätigkeit als Vorstandsvorsitzender unserer Stiftung: Als Sie dieses Amt übernommen haben, galt es, eine Institution sozusagen von der Pike auf aufzubauen, sie mit Leben zu füllen – und gemeinsam mit Ihren Vorstandskollegen tragfähige Arbeitskonzepte zu entwickeln und umzusetzen. Sie haben dabei von Beginn an ein Engagement gezeigt, das weit über das hinaus geht, was von einem ehrenamtlich tätigen Vorstandsvorsitzenden erwartet werden kann. Seit 1995 haben Sie nicht nur maßgeblich den Aufbau unserer Stiftung zu einer im In- und Ausland geschätzten Einrichtung bestimmt, sondern auch die bisher geleistete Stiftungsarbeit in allen ihren Facetten nachdrücklich geprägt.

Und die Bilanz dieser Arbeit ist hervorragend. Um nur Beispiele zu nennen: Seit 1996 wurden über 100 Veranstaltungen durchgeführt, darunter 21 wissenschaftliche Konferenzen – fast ausschließlich mit breiter internationaler Beteiligung.

Auch an der Konzeption und Umsetzung unserer Großprojekte waren Sie entscheidend beteiligt. Ich denke hier vor allem an die 1998 begonnene und in Rekordzeit, aber dennoch sehr sorgfältig bearbeitete Edition „Willy Brandt – Berliner Ausgabe“ – inzwischen liegen bereits acht Bände gedruckt vor – und ich denke an das Projekt „Willy-Brandt-Haus Lübeck“.

Wie Sie vielleicht wissen, meine Damen und Herren, werden wir im Jahr 2007 im Herzen der Geburtsstadt Willy Brandts eine Außenstelle eröffnen und damit den Wirkungsbereich unserer Stiftung in den norddeutschen und skandinavischen Raum

hinein erweitern. Ihrem unermüdlichen Einsatz, Herr Dr. Groß, ist es insbesondere zu danken, dass dieses bedeutende Projekt – in durchaus schwierigen Zeiten – auf den sicheren Weg gebracht werden konnte und nun, zum Zeitpunkt Ihres Ausscheidens, in „trockenen Tüchern“ liegt.

Ich weiß, dass uns, und natürlich Ihrem Amtsnachfolger, die Spuren Ihrer Arbeit immer wieder auf Schritt und Tritt begegnen werden. Für das, was Sie geleistet haben, sage ich Ihnen sehr herzlichen Dank!

Herrn Sturm habe ich einen Blumenstrauß überreicht. In Ihrem Fall, lieber Herr Groß, sollte er Ihrer Frau gehören. Denn es sind die Frauen, die oft zurücktreten müssen, wenn die Tatkraft ihrer Männer die Zeit der privaten Lebensgestaltung gnadenlos verkürzt.

Ich danke daher auch Ihnen, liebe Frau Groß, und möchte Sie nun bitten, gemeinsam mit Ihrem Mann auf das Podium zu kommen.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich mich dem Festredner des heutigen Abends zuwenden.

Lieber Herr Dr. Arnold, wir freuen uns, mit Ihnen einen erfahrenen deutschen Spitzendiplomaten und wichtigen Zeitzeugen begrüßen zu können, der unserer Stiftung schon seit vielen Jahren verbunden ist!

1951, vor 54 Jahren, begann Ihre Laufbahn im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, das seit März desselben Jahres bestand und damals von Bundeskanzler Konrad Adenauer in Personalunion geleitet wurde. Ihren ersten Außendienst haben Sie 1952 bis 1956 im deutschen Generalkonsulat in Paris verbracht. 1957 wurden Sie dann an die Botschaft nach Washington entsandt. In diesem Jahr wurde Willy Brandt zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt. Als Vorreiter im Freiheitskampf der Berliner um ihre Freiheit warb er in aller Welt um Unterstützung des freien Teils der Stadt. Bald darauf, 1958, brach der Regierende Bürgermeister gemeinsam mit seiner Frau Rut zu einer fast legendären Public-Relations-Reise durch die Vereinigten Staaten auf, deren Höhepunkt eine Konfettiparade durch Manhattan war.

Der junge Diplomat, der die Brandts auf ihrer Reise quer durch die USA begleitete, waren Sie, Herr Arnold. Und der Eindruck, den Sie gleichsam als persönlicher Adjutant beim Regierenden Bürgermeister hinterließen, war so hervorragend, dass er Sie 1959 bei seiner zweiten Reise in die Staaten erneut als Begleiter und Berater mitnahm.

In der ersten Hälfte der sechziger Jahre waren Sie im Auswärtigen Amt in Bonn tätig, vornehmlich in den Bereichen Europa- und Sicherheitspolitik sowie Deutsch-

land- und Berlin-Politik. Im Dezember 1966 bildete sich die Große Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger. Willy Brandt wurde Bundesaußenminister und Vizekanzler – und ernannte Sie alsbald zum Leiter seines Ministerbüros. In dieser Funktion wurden Sie unmittelbarer Zeuge der Bemühungen Brandts, neue Akzente in der Ost- und Deutschlandpolitik und darüber hinaus auch in der Europapolitik zu setzen. Für Brandt waren die Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft um Großbritannien und die skandinavischen Länder und eine gemeinsame Währungspolitik vordringliche Ziele.

Später wurden Sie, Herr Arnold, zum Botschafter in den Niederlanden, in Italien und schließlich bei den Vereinten Nationen berufen. Als Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes leisteten Sie einen wichtigen Beitrag zur Reform der Auswärtigen Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland.

Auch im Ruhestand haben Sie nie die Hände in den Schoß gelegt. Seither lehren Sie Außenpolitik an der Hochschule für Politik in München und haben eine Reihe viel beachteter Publikationen zu europapolitischen Themen geschrieben. Zuletzt erschien Ihr Werk „Wie viel Einigung braucht Europa?“, in dem Sie u. a. vor dem Hintergrund der Irak-Krise, dem gescheiterten Anlauf zu einer Europäischen Verfassung und der Diskussion über den EU-Beitritt der Türkei in einer überzeugend realpolitischen Sicht auf die mögliche Ausgestaltung, aber auch auf die Grenzen der europäischen Einigungspolitik eingehen.

Lieber Herr Arnold, Ihr Vortrag wird sicherlich verdeutlichen, dass Willy Brandts Ost- und Deutschlandpolitik von Anfang an eine starke transatlantische und vor allem auch europapolitische Komponente hatte. Anfang 1973, in seiner ersten Regierungserklärung als wiedergewählter Bundeskanzler, entwarf Brandt das Fernziel einer europäischen politischen Union durch Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft. Dazu forderte er eine gemeinsame europäische Außenpolitik, die Verstärkung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, Fortschritte in der Demokratisierung der Gemeinschaft und ein direkt gewähltes Europäisches Parlament. Europa ist noch auf dem Weg – aber vieles ist schon erreicht.

Lieber Herr Arnold, wir freuen uns nun auf Ihre Gedanken zum Thema „Willy Brandt und Europa“.

Willy Brandt und Europa

Dies ist ein Thema, das, wie man auf den ersten Blick meinen könnte, für das Verständnis der Person Willy Brandts, seines Lebens und Werkes von eher marginaler Bedeutung ist. Denn er wird unverändert weniger als Europäer oder Europapolitiker, sondern immer vor allem oder fast ausschließlich als Bewegter und Veränderer in den Ost-West-Beziehungen während des Kalten Krieges und später als Analytiker, Anreger und Aufrüttler in den weltpolitischen Nord-Süd-Beziehungen wahrgenommen. Einer der Gründe für diese schwache Belichtung des Verhältnisses von Brandt zu dem, was allgemein als „Europapolitik“ bezeichnet wird, liegt, glaube ich, bei ihm selbst.

Erinnern wir uns: Seine Jahre als Außenminister und Kanzler, also die Jahre seines konkretesten außenpolitischen Wirkens, waren gleichzeitig die letzten Jahre der Urphase der Politik der heutigen Europäischen Union, die damals noch Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hieß. In ihr waren die ersten sechs Mitglieder, angefangen mit der „Montanunion“, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), bekanntlich zunächst 20 Jahre unter sich geblieben. Die Europapolitik dieses kleinen Kreises von Staaten war im Kern durch das Konzept bestimmt, mit dem sie 1950 begonnen hatte: durch die Vorstellungen, Vorschläge und Planungen des französischen Wirtschaftstechnokraten Jean Monnet¹, also durch das, was man seither als die „Methode Monnet“ bezeichnet.

Mit ihr sollte, wie erinnerlich, die Einigung dieses kleinen Europas auf höchst einfache Weise erreicht werden. Durch immer mehr gemeinsame Entscheidungen der sechs Staaten über immer mehr wirtschaftliche und später auch andere politische Probleme und durch die Abgabe von Entscheidungsbefugnissen der Mitgliedstaaten an ein gemeinsames europäisches Organ (die heutige Europäische Kommission) sollte die gemeinsame Politik immer weniger national oder traditionell zwischenstaatlich und immer mehr überstaatlich (supranational), also europäisch, werden. Diese politische Zielsetzung war von der Hoffnung getragen, dass durch diese so genannte

¹ *Jean Monnet (1888–1979), französischer Politiker, 1919–1923 stellv. Generalsekretär des Völkerbundes, 1946–1950 Leiter des Amtes für wirtschaftliche Planung in Frankreich, 1952–1955 Vorsitzender der Hohen Behörde der EGKS („Montanunion“), 1955–1975 Gründer und Vorsitzender des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa.*

„Vergemeinschaftung“ der Politik der Mitgliedstaaten quasi mit einer gewissen Automatik und Zwangsläufigkeit eines Tages ein durch überstaatliche Bindungen unauflöslich geeintes Europa entstehen werde.

Jeder, der mit Willy Brandt zu tun hatte, konnte sehr schnell erkennen, dass solch technokratisches politisches Denken mit den daraus entwickelten Strukturen, Planungen und Verfahren und vor allem eine solche, im Grunde mechanistisch voran zu bringende Politik nicht seine Sache sein konnten. Das gilt insbesondere für das, was man als die „Innereien“ dieser Politik bezeichnen könnte, also ihr internes Instrumentarium und seine Handhabung, dazu für all die Einzelfragen, wie etwa die der Rechtsauslegung an den Schnittstellen von Zwischenstaatlichkeit und Überstaatlichkeit, die Auseinandersetzungen über Zuständigkeiten von Rat, Kommission und Parlament, Einzelheiten der Agrarmarkordnung usw. Solche Themen konnten in Brandt keine Leidenschaften erwecken.

Denn er hatte ja eine grundsätzlich andere Art und Weise, an politische Probleme heranzugehen. Sie war durch sein Naturell und durch seine persönlichen und politischen Erfahrungen mit den Unwägbarkeiten des politischen Handelns der Menschen und der Politik insgesamt geprägt. Vor allem in den langfristigen Kernfragen seines politischen Denkens und Handelns – Deutschland, Europa, soziale Gerechtigkeit – hatte Brandt eine andere Herangehensweise. Für ihn waren politische Probleme immer mehr als nur Einzelfälle, die man in Konzentrierung auf das Naheliegende und Nächstmögliche mit möglichst präziser Planung und anschließend mit möglichst zügigen Entscheidungen lösen sollte.

Brandt dachte und handelte immer in größeren Zusammenhängen. Daher praktizierte er immer eher eine Politik, die – zusammengefasst ausgedrückt – innerhalb des ständigen Fortgangs der politischen Entwicklungen versuchte, Menschen, Gruppierungen, Staaten und andere politische Kräfte so in Bewegung zu bringen, dass dies alles dann in Richtung des gewünschten Ergebnisses führte.

Brandt war auf diese seine Weise weniger ein Durchdrücker, mehr ein Überzeuger, weniger ein Macher, mehr ein Gestalter mit Blick über das Nächstmögliche hinaus. Die „Methode Monnet“ mit ihren strikten internen Elementen, mit ihren festen Zielmarken und mit ihrer Eingrenzung auf einige europäische Staaten musste ihm fremd bleiben. Gleichwohl war Willy Brandt ein engagierter Europäer. Diese Feststellung führt nun freilich zunächst zu der Frage, was denn eigentlich unter politischen Gesichtspunkten ein „Europäer“ ist.

Bei der Suche nach einer Antwort stößt man als Deutscher fast zwangsläufig auf die Träger des renommierten Aachener Karlspreises, mit dem seit über einem halben



Botschafter a .D. Dr. Hans Arnold

Jahrhundert jährlich gemäß seiner Satzung „Personen oder Institutionen ausgezeichnet werden, die sich um Europa und die europäische Einigung verdient gemacht haben.“ Wer aber sind die bisher 47 Preisträger? Unter ihnen finden sich zehn amtierende, gekrönte oder republikanische Staatsoberhäupter, 19 Regierungschefs, fünf Außenminister, aber auch ein Papst, ein Volk – nämlich „Das Luxemburgische Volk“ – und mit dem „Euro“ sogar eine Währung.

Alles zusammen genommen also ein ziemlich erhabenes und sich selbst versicherndes Gemisch aus Europa, viel Aachen und einer Menge hochrangiger Würde. Alle Preisträger haben sich auf ihre Art um die heute etablierte Europapolitik der Staaten der Europäischen Union verdient gemacht. Aber eine eindeutige Antwort auf die Frage nach dem Europäertum von Willy Brandt lässt sich mit dem Karlspreis als Messlatte wohl kaum finden. Die großen Schwierigkeiten, „den Europäer“ zu definieren, werden deutlich, wenn wir uns drei besonders prominente Träger des Karlspreises ansehen.

Da ist, als erster Preisträger von 1950, der verdienstvolle Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi², der unermüdliche Trommler für europäische Einigung seit dem Ersten Weltkrieg. Sein eigener Vorschlag für ein vereintes Europa weist allerdings doch eher in die Richtung einer Art Fortsetzung von Habsburg mit anderen Mitteln.

1955 ging der Karlspreis an Winston Churchill³. Dessen Züricher Rede von 1946 gilt gemeinhin als die Urinitiative für die bis heute fortgeführte europäische Einigungspolitik. Freilich hatte Churchill in seiner Rede nur die Kontinentaleuropäer aufgefordert, sich zu einigen. Und er, dessen Welt die des British Empire war, hatte den Kontinentaleuropäern für ihr Unternehmen großzügig den Schutz und die Unterstützung durch Großbritannien zugesagt. Bis heute wird auf dieser Linie in der britischen Außenpolitik die grundsätzliche weltpolitische bzw. transatlantische Priorität vor der europäischen Gemeinsamkeit erkennbar.

Robert Schuman⁴ schließlich, der frühere französische Außenminister und Preisträger von 1958, hatte 1950 die einzigartige Initiative zur Gründung der Europäischen

2 *Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi (1894–1972), österreichischer Schriftsteller, gründete 1923 in Wien die Paneuropabewegung, emigrierte 1938 in die Schweiz und anschließend in die USA; 1923–72 Präsident der Paneuropa-Union, ab 1947 Generalsekretär der Europäischen Parlamentarier-Union.*

3 *Sir Winston Churchill (1874–1965), britischer Staatsmann, 1908–1929 Minister in verschiedensten Ressorts, 1940–1945 und 1951–1955 Premierminister. In seiner Züricher Rede vom 19. September 1946 forderte er die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa.*

4 *Robert Schuman (1886–1963), französischer Politiker, 1946 und 1947 Finanzminister, 1947 und 1948 Ministerpräsident, 1948–1952 Außenminister, 1955 Präsident der Europäischen Bewegung, 1958–1960 erster Präsident des Europäischen Parlaments.*

Gemeinschaft für Kohle und Stahl und damit zum Beginn der heute von der EU fortgeführten europäischen Politik ergriffen. Dies war – vor allem damals – ohne jeden Zweifel eine (von ihm teilweise auch an der eigenen Regierung vorbei unternommene) mutige, eine epochale Tat. Sie war ein völlig neuartiger einigungspolitischer Fanfarenstoß nach Europa hinein und gewann gerade auch durch die ebenfalls völlig neuartige und rigide „Methode Monnet“ zusätzlich Resonanz und Gewicht.

Aber die Initiative war auch von sozusagen „Uneuropäischem“ begleitet. Ihr war, wie man weiß, der am Veto der USA gescheiterte Versuch Frankreichs vorangegangen, das Ruhrgebiet unter französische Kontrolle zu bringen. Und Schuman wies in seiner Erklärung bei der öffentlichen Vorstellung seines Plans darauf hin, dass Europas wichtigste weltpolitische Verantwortung und Aufgabe in Afrika liege, also im Hauptgebiet des damaligen französischen Kolonialreichs. Anfang der fünfziger Jahre gab es in der französischen politischen Klasse kaum jemanden, der nicht fest davon überzeugt gewesen wäre, dass die von Frankreich initiierte EGKS trotz aller europäischer Gemeinsamkeit auch von Frankreich geführt werden würde. Eine Überlegung, die sicher auch den Initiatoren selbst nicht ganz fremd gewesen sein mag.

Die gemeinsame europäische Politik speist sich bis heute aus drei Quellen: (1) aus den nationalen Interessen der an ihr teilnehmenden Staaten, (2) aus europäischen Überzeugungen und (3) aus Notwendigkeiten, die sich aus dem Fortgang dieser Politik ergeben. Die an ihr teilnehmenden Staaten begannen sie in den fünfziger Jahren aus vier Motiven: (1) aus der Notwendigkeit, in Westeuropa gegenüber der Gefahr aus dem Osten zusammenrücken zu müssen, (2) aus dem Wunsch, sich gegenüber der superstarken westlichen Führungsmacht USA behaupten zu können, (3) aus dem Streben, über europäische Zusammenarbeit den eigenen nationalen Wohlstand zu mehren, und (4) nicht zuletzt und für viele Europäer vorrangig aus einer tief verwurzelten Sehnsucht, auf diesem Wege die uralten innereuropäischen Feindschaften endgültig überwinden zu können.

In diesem Quadrat definiert sich auch der politische Europäer, nach dem hier gefahndet wird. D. h., der Politiker, der in der gemeinsamen Politik der europäischen Staaten ohne Vernachlässigung der nationalen Interessen den europäischen Überzeugungen und Notwendigkeiten Gewicht verschafft, konnte und kann bis heute politisch mit Fug und Recht als Europäer gelten. Auch Willy Brandt hat ohne Zweifel seinen politischen Auftrag als Minister und Bundeskanzler in diesem Sinne als europäisch verstanden und entsprechend gehandelt. Aber würde dies für die Behandlung des hiesigen Themas wirklich ausreichen?

Dafür muss man wohl noch ein paar Dinge mehr in den Blick nehmen. Insbesondere, wenn dieses Thema vor dem Hintergrund der veränderten Lage zu behandeln

ist, die seit der Zeitenwende durch das Ende der Sowjetunion entstanden ist. Diese Lage ist eindeutig: Die Friedenssehnsucht der Europäer hat inzwischen zu einer dauerhaften und stabilen innereuropäischen Friedenssicherung geführt, wie sie früher unvorstellbar gewesen wäre. Aber die genannte Notwendigkeit zum Zusammenrücken im Westen ist entfallen. Der Wunsch nach europäischer Selbstbehauptung gegenüber den USA ist bisher nicht in Erfüllung gegangen. Und die nationale Wohlstandsmehrung mit Hilfe Europas rückt immer mehr in den Vordergrund, doch scheint sie für die Einigung unseres Kontinents heute manchmal mehr ein Hindernis als ein Mittel zu sein.

Seit dem Wegfall der Bedrohung durch das Sowjetimperium setzte zudem eine Umwertung von Werten ein. Im Kalten Krieg war in Westeuropa und in den transatlantischen Beziehungen der einzige gemeinsame Wert mit politischer Relevanz der Antikommunismus gewesen. Nun aber war in der neuen Lage auf einmal im europäischen Staatenverbund, ähnlich wie auch in der NATO, als Orientierungshilfe für die Gemeinsamkeit der Begriff von Europa als einer Wertegemeinschaft in aller Munde.

Dieser Wertebegriff ist umfassend und unscharf. Für seine Begründung lässt sich so ziemlich alles heranziehen, was man als das gemeinsame kulturelle Erbe Europas bezeichnen kann. Er dient mit historischen und kulturellen Rückbezügen und Rückgriffen in erster Linie der europäischen Selbstvergewisserung im unbedrohten Europa, dazu der Illustrierung und Verzierung der Europapolitik und gelegentlich auch für ihre Begründung. In der realen europäischen Politik hat dies Werteempfinden geringes Gewicht. Doch lässt sich mit dem Hinweis auf gemeinsame Werte die unübersehbare Renationalisierung der Europapolitik elegant kaschieren. Und doch entstand alle heutige Europapolitik aus gemeinsamen ureuropäischen Werten. Ob man will oder nicht: Sie sind wichtigster Teil der Grundlage aller europäischen Politik.

Noch bevor 1950 die europäische Einigungspolitik als eine gemeinsame Unternehmung europäischer Staaten konkret entworfen werden konnte, waren bekanntlich in den Widerstandsgruppen, die sich in dem von Nazideutschland beherrschten Europa gebildet hatten, erste Gedanken und Vorschläge für eine Einigung Europas entstanden. Sie hatten einen nicht besonders vereinbarten, weil ganz natürlichen gemeinsamen Nenner: Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Bürgerrechte und gesellschaftliche Solidarität. Dies waren die Werte, die das Denken und Handeln dieser Menschen leiteten und denen sie in Europa nach dem Ende von Krieg und Diktaturen volle Geltung verschaffen wollten. Man könnte diese ersten Europäer im Sinne der heutigen Europapolitik als Gesinnungseuropäer bezeichnen.

Doch schon sehr viel früher, seit dem Ersten Weltkrieg, hatten sich solche Gesinnungseuropäer in den politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und mit oft hohem persönlichen Risiko im Kampf gegen europäische Diktaturen unterschiedlicher Färbung für die Verwirklichung und den Erhalt dieser Werte eingesetzt – in den dreißiger Jahren im Spanischen Bürgerkrieg im offenen Kampf. Viele von ihnen wurden verfolgt, mussten ihre Heimat verlassen und fanden in einem anderen Land Aufnahme und manchmal auch Heimat. Aber sie blieben ihrer geistigen Heimat, den Werten Europas, treu. Sie blieben Gesinnungseuropäer. Willy Brandt war einer von ihnen.

Die Überlegungen über internationale Politik, die er in der Emigration und insbesondere diejenigen, die er in der Endzeit des Zweiten Weltkrieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit allein und gemeinsam mit Gleichgesinnten angestellt hat, hatten einen eindeutigen Konzentrationspunkt: Deutschland und Europa, oder, genauer gesagt, den dreifachen Zusammenhang „Deutschland und Europa“, „Deutschland in Europa“ und „Europa mit Deutschland“. Brandt hatte, nimmt man alles zusammen, ein gedankliches Ziel: die Rückkehr Europas zu seinen Werten.

Das sollte der Grundtenor seines außenpolitischen Denkens und Handelns bleiben, als er später, seit dem Bau der Berliner Mauer, sich immer mehr in die deutsche Außenpolitik einschaltete, Außenminister und Bundeskanzler war und sich schließlich mit den Nord-Süd-Zusammenhängen befasste und dabei an vorderster Stelle mit der Funktion Europas und der europäischen Werte in ihnen.

Hinzu kommt, dass durch die Jahre in der Emigration auch sein geopolitisches Deutschland- und Europabild gewissermaßen durch seinen Blick von außen auf das deutsche Geschehen in den Jahren von 1933 bis 1945 geprägt war. Sein Europa war sozusagen das alte, das gesamte Europa, dessen politische, geistige, moralische und materielle Schädigungen nun, nach dem Ende der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs, überwunden werden mussten.

Diese Grundgedanken prägten sein Denken und seine Publikationen in den Jahren der Emigration. Beispielhaft für sie ist ein Beitrag für eine Zeitschrift der norwegischen Arbeiterbewegung vom Dezember 1939 unter dem Titel „Der Traum von Europas Vereinigten Staaten“. In ihm zeigt sich Brandt einmal als profunder Kenner der gedanklichen Vorgeschichte der europäischen Einigung und zum anderen als Vordenker für die ein Jahrzehnt später in Gang gesetzte Politik. Hier als Beispiel ein Zitat aus diesem Artikel, der im ersten Band der von der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung herausgegebenen Edition „Berliner Ausgabe“ veröffentlicht wurde:

„Ein Niederreißen der blockierenden ökonomischen Hindernisse in Europa wird der Wirtschaft neue Entwicklungsmöglichkeiten geben. Eine gemeinsame europäische

Organisation mit Leitungsorganen, die vom Volk selbst gewählt sind, wird Voraussetzungen für eine wirkliche Abrüstung und kollektive Sicherheit schaffen, gleichzeitig können sich die Kräfte der Nationen um konstruktive statt destruktive Aufgaben vereinen. Und Frieden in Europa wäre der wertvollste Beitrag, der geleistet werden kann, um Frieden in der ganzen Welt zu schaffen.“⁵

Was ab 1950 in Westeuropa begonnen wurde, hatte Brandt schon ein Jahrzehnt zuvor für das gesamte Europa vorgedacht. Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass Willy Brandt, als er begann, als Außenminister und dann als Bundeskanzler deutsche Außenpolitik zu gestalten, dies als ein Politiker tat, der nach seinem Herkommen, seinem Leben und seinen Erfahrungen ein Gesinnungseuropäer, ein Werte-europäer und ein Gesamteuropäer war.

Das erste Dokument von Band 6 der Berliner Ausgabe, der der Außen- und Deutschlandpolitik Willy Brandts zwischen 1966 und 1974 gewidmet ist, sind Stichworte, die er für die erste Regierungserklärung der Großen Koalition notiert hatte.⁶ In engerem Bezug zu unserem Thema ist aus ihnen vor allem das erste Stichwort von Interesse. In ihm wird „Europa bauen“ als ein Hauptziel der gemeinsamen künftigen Politik genannt. Ferner ist ein ganzer Absatz der deutsch-französischen Zusammenarbeit gewidmet. Schließlich sollen die „Westeuropäischen Gemeinschaften“ ausgebaut und, ebenso wie ihre „Kommunikation mit Osteuropa“, weiterentwickelt werden. Brandt wollte für die neue Bundesregierung eine Europapolitik mit einem erkennbar betonten gesamteuropäischen Ansatz.

Die Stichworte entstanden fast zehn Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge (1957), seit der die Zusammenarbeit in den Europäischen Gemeinschaften generell als „europäisch“ verstanden wird, und ja auch die Möglichkeit des Beitritts aller europäischer Staaten vorgesehen ist. Gleichwohl spricht Brandt in ihnen von „west“-europäischen Gemeinschaften. Dies mag altmodisch klingen. Und es mag der gelegentlich zu hörenden Vermutung Vorschub leisten, Brandt habe gegenüber der (west)europäischen Einigungspolitik Vorbehalte gehabt, da er durch sie eine Beeinträchtigung der Chancen für eine Wiedervereinigung befürchtet habe.

Solche Befürchtungen waren in der Tat in den frühen fünfziger Jahren in Westdeutschland, vor allem innerhalb der SPD, lebendig, waren aber ab den sechziger

5 Brandt, Willy: „Hitler ist nicht Deutschland!“ Jugend und Exil 1928–1940, bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2002 (Berliner Ausgabe, Bd. 1), Nr. 63.

6 Vgl. Brandt, Willy: „Ein Volk der guten Nachbarn“. Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974, bearb. von Frank Fischer, Bonn 2005 (Berliner Ausgabe, Bd. 6), Nr. 1.

Jahren durch den Gang der europäischen Politik und durch die Ost-West-Entwicklung für alle vernünftigen Menschen gegenstandslos geworden. Es hat sich bisher auch kein Beleg für die erwähnte Vermutung hinsichtlich Brandts Einstellung gefunden.

Allerdings stand Brandt dem Gedanken von einem kleinen westeuropäischen „Kerneuropa“, der ja die Antithese zu jedem Gedanken einer gesamteuropäischen Einigung darstellt, kritisch gegenüber. Den hochkonservativen, religiös bzw. katholisch-konfessionell grundierten und im Grunde europafeindlichen Gedanken, die Europapolitik der sechs Gründerstaaten in einem „Karolinger-Europa“ zu verfestigen, hielt er für baren Unsinn.

In seinen acht Amtsjahren als Außenminister und Bundeskanzler hat sich Brandt, wie gesagt, auch der Europapolitik energisch und auch – soweit dies in ihr für einen Einzelnen möglich ist – mit Erfolg gewidmet. Wichtige Etappen der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft, an denen er aktiv beteiligt war, waren die Verwirklichung der Zollunion (1968), der erste Versuch für eine Währungsunion mit dem „Werner-Plan“ (1970) und die Einführung (an ihrer Stelle) der „Währungsschlange“ für die interne Harmonisierung der Wechselkurse. Die diese Themen begleitenden Theoriediskussionen ließ er geschehen, ohne sich an ihnen aktiv zu beteiligen.

Die von ihm als solche empfundene „westeuropäische“ Einigung war für ihn vor allem ein wichtiger Teil der Voraussetzungen für seine Politik in Richtung Osten und ein Ausgangspunkt für die Einigung im ganzen Europa, auf die seine Politik zielte. Da für eine solche Einigung noch vieles unklar blieb, war Brandt tendenziell, grob aufgeteilt, eher für einen lockereren und in die Zukunft hinein offenen (zwischenstaatlichen) als für einen zu frühen, zu festen (überstaatlichen) Verbund. Nach seinen persönlichen Erfahrungen und politischen Überlegungen hatten für ihn auch die individuellen Kulturen der europäischen Völker und deren Einhegung in moderne Nationalstaaten demokratischer Prägung einen hohen Stellenwert. Insofern waren seine europapolitischen Vorstellungen Vorläufer der Entwicklung, die dann mit dem Vertrag über die Europäische Union (1992) und dem in ihm enthaltenen Subsidiaritätsprinzip einsetzen sollte.

Die Grundlinie der europapolitischen Orientierung von Willy Brandt als Außenminister und Bundeskanzler ist in dem erwähnten Stichwortkatalog vom Beginn der Großen Koalition in den prägnanten Stichworten vorgezeichnet: „Europa als friedenssichernder Faktor und Interdependenz zwischen Überwindung der Teilung Europas und Lösung der deutschen Frage“. Diese drei Punkte beschreiben die Linie, auf der dann die für Willy Brandt und seine Politik in und für Europa wichtigen außenpolitischen Entscheidungen der Jahre 1966–1974 lagen. Es waren dies einmal die Umkehr

des Leitsatzes, „Erst Wiedervereinigung, dann Entspannung“, in die Erkenntnis, „Erst Entspannung, und dann durch sie die Möglichkeit zur Wiedervereinigung“, aus der dann die vier wichtigsten Vertragswerke folgten: der deutsch-sowjetische, der deutsch-polnische, der deutsch-deutsche und der deutsch-tschechoslowakische Vertrag.

Diese Verträge wurden geschlossen während des Ost-West-Konflikts mit seinem weit über Europa hinausreichenden bipolaren Spannungsverhältnis zwischen den beiden „Supermächten“ USA und Sowjetunion. Die übten sich Anfang der siebziger Jahre ebenfalls in Entspannung und machten vieles von der Bonner Ostpolitik erst möglich. Die Ostverträge waren Teil dieser weltpolitischen D tente. Sie waren aber auch europäische Entscheidungen. Für Brandt waren Politik für das Europa, das schon vor seiner Rückkehr aus der Emigration nach Deutschland sein Leitbild geworden war, und Politik für Frieden und Entspannung im gr oeren Ost-West-Zusammenhang Teile ein und derselben Sache. Freilich fand der Ost-West-Teil dieses außenpolitischen Gesamtthemas – allein schon wegen des enormen sicherheitspolitischen Gewichts der damals so genannten nuklearen ost-westlichen „Balance des Schreckens“ – in der Öffentlichkeit immer sehr viel mehr Interesse als der europapolitische Teil. Doch dieser gesamteuropäische Teil war für Willy Brandt und seine Politik mindestens ebenso gewichtig.

Die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Rumien (1967) und noch mehr zu Jugoslawien (1968) brachten ostpolitisch das Ende der so genannten Hallstein-Doktrin über eine Nicht-Anerkennung der DDR und eröffneten damit neue ostpolitische Möglichkeiten. Sie waren aber auch ein konkreter und wichtiger Schritt zu einer Europäisierung Europas über den Eisernen Vorhang hinweg. Eine weitere Grundsatzfrage, die noch in der Ära Brandt gelöst werden konnte, war die erste Erweiterung der EG um Großbritannien, Irland und Dänemark im Jahr 1973. Sie war für ihn eines der wichtigsten europapolitischen Themen seiner Amtszeit. Mit ihr wurde – nach 20 Jahren des Europas der Sechs – der Weg geöffnet, der dann bis zu der jüngsten gesamteuropäischen Erweiterung der EU auf 25 Mitglieder führen sollte. Für Brandt war damals der Einschluss Großbritanniens in das von ihm erhoffte gr oere Europa weitaus wichtiger als die Vermeidung vorhersehbarer Schwierigkeiten mit einem Partner Großbritannien innerhalb Europas.

Für die Aufnahme der europäischen politischen Zusammenarbeit setzte sich Brandt auf dem Gipfeltreffen vom Dezember 1969 in Den Haag nachhaltig ein, allerdings mit einem unmittelbaren Erfolg, der geringer war, als er ihn sich erhofft hatte. Und schließlich war Brandt eine der treibenden Kräfte für die Helsinki-Konferenz von

1975, deren Ergebnis – die Gründung der ständigen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) – als der Beginn der späteren Implosion des Sowjetsystems nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Es war ein eigenartiger historischer Zufall, dass Brandt es in seinen acht Amtsjahren in der Europapolitik vorwiegend mit Fragen zu tun hatte, die ihm mehr lagen als das, was hier als die „Innereien“ der Europapolitik bezeichnet worden ist. Durch Brandts Ostpolitik wurde auch die Politik der Einigung im größeren Europa und durch seine Europapolitik wurde auch die Ostpolitik des Westens vorangebracht. Willy Brandt war ein Glücksfall für Europa. Er war ein großer Europäer.



Zu den zahlreichen Gästen im Willy-Brandt-Saal gehörten (vorn v.l.) Bundespräsident a.D. Walter Scheel und seine Gattin sowie Ninja Frahm.

■ D O K U M E N T A T I O N

Artikel des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt, für die New York Times vom 29. April 1973¹

„Das neue Selbstbewußtsein Europas“

Die Wirklichkeit unseres westeuropäischen Alltags wird mehr und mehr durch die Europäische Gemeinschaft bestimmt. Dabei ist jeder Schritt zu einer engeren Verflechtung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Geschehnisse unserer Völker und Staaten zugleich ein Unternehmen von herausfordernder Nüchternheit. Ich habe nicht den Eindruck, daß dies jenseits des Atlantik hinreichend gewürdigt wird.

Kein Wunder übrigens, denn unseren amerikanischen Freunden fehlt es nicht an eigenen Problemen.² Und außerdem vollzieht sich die europäische Einigung so ganz anders, als es im Lehrbuch stand. Aber niemand mache sich etwas vor: Die Europäische Gemeinschaft wächst über die wirtschaftliche Integration hinaus – langsam, aber sicher.

Man hat es mit dem Entschluß der neun Mitgliedstaaten zu tun, der Gemeinschaft nicht nur in einer Union der Wirtschaft und der Währung ihre dauerhafte Gestalt zu geben, sondern – übrigens auf Vorschlag meiner Regierung – auch die Lebensbedingungen ihrer Bürger in einer Sozialen Union zu bessern und anzugleichen.³ Wenn wir auf dem Gipfel in Paris im Oktober vergangenen Jahres sagten, wir wollten bis zum Ausgang dieses Jahrzehnts die Europäische Union schaffen⁴, so heißt dies: Wir sind

1 *Vorlage ist die in deutscher Übersetzung veröffentlichte Fassung in: Brandt, Willy: Reden und Interviews. Herbst 1971 bis Frühjahr 1973, Hamburg 1973, S. 330–334. Die hier vorgenommene Kommentierung stellte Dr. Wolfgang Schmidt, für die Abschrift des Textes sorgte Sylvia Wilbrecht.*

2 *Noch immer führten die Amerikaner Krieg in Vietnam. Seine hohen Kosten verschärften das Handelsbilanzdefizit und heizten die Inflation in den Vereinigten Staaten stark an, was wiederum weltweite Währungsturbulenzen nach sich zog.*

3 *Beim Gipfeltreffen der erweiterten Europäischen Gemeinschaft in Paris am 19./20. Oktober 1972 hatten die neun Staats- und Regierungschefs erklärt, „daß für sie einem energischen Vorgehen im sozialpolitischen Bereich die gleiche Bedeutung zukommt wie der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion.“ Die Gipfelerklärung ist dokumentiert in: Europa-Archiv 27 (1972) 21, S. D 502–D 508. In der Vorbereitungsphase des Gipfels hatte die Bundesregierung eine „Deutsche Initiative zur Verwirklichung einer europäischen Sozial- und Gesellschaftspolitik“ vorgelegt.*

4 *Die Staats- und Regierungschefs hatten sich zum Ziel gesetzt, „bis zum Ende dieses Jahrzehnts in absoluter Einhaltung der bereits geschlossenen Verträge die Gesamtheit der Beziehungen der Mitgliedstaaten in eine Europäische Union umzuwandeln.“ Ebd.*

entschlossen, uns auch als Politische Gemeinschaft zu qualifizieren. Europa darf keine abstrakte Architektur bleiben. Wir möchten, dass 270 Millionen – oder mehr – Westeuropäer künftig besser und sicherer miteinander leben, als es ihnen in der Abgeschlossenheit ihrer Nationalstaaten möglich wäre.

Die Identität seiner Interessen wird das sich einigende Europa nicht von den Vereinigten Staaten entfernen. Die Europäisierung Europas wird natürlich bedeuten, daß eigene Interessen – nicht nur ökonomische, auch nicht nur regionale⁵ – wirksamer wahrgenommen werden, als dies bisher möglich war. Aber in der Europäisierung liegt auch die Chance einer neuen geistigen Annäherung. In der Tat: manche von uns denken nicht nur an die Produktionsziffern unserer Industrie und an den Konsum im großen gemeinsamen Markt. Wir rücken ein amerikanisches Schlüsselwort in unsere politische Diskussion: *«quality of life»*⁶. Es schließt nicht nur materielle Werte ein, sondern ruft uns dazu auf, den Umschlag zivilisatorischer Produktivität in anti-zivilisatorische Zerstörung zu verhindern. Wir glauben übrigens, daß ein Recht auf Lebensqualität die philosophische Herkunft aus Thomas Jeffersons⁷ *«pursuit of happiness»*⁸ nicht verleugnen kann.

Aber mehr noch als diese Einsicht berechtigt mich das neue demokratische Selbstbewußtsein meiner Landsleute zu der Feststellung, die Bundesrepublik Deutschland sei „westlicher“ geworden, sie sei den Idealen des „citoyen“ und des „citizen“ nähergerückt.⁹ Dieser Prozeß der „Verwestlichung“ hat sich übrigens ausgerechnet im Zeichen der sogenannten „Ostpoltik“ vollzogen. Hier existiert tatsächlich ein innerer und äußerer Zusammenhang, und er ist nicht einmal sehr kompliziert; jeder Schritt

5 Am 23. April 1973 hatte Henry A. Kissinger (geb. 1923), der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, gesagt: „Die USA haben globale Interessen und Verantwortungen. Unsere europäischen Freunde und Verbündeten haben regionale Interessen.“ In dieser Rede zur Europa-Politik der USA hatte Kissinger eine Erneuerung der atlantischen Partnerschaft gefordert und das „Jahr Europas“ ausgerufen. Das löste Irritationen bei den europäischen Partnern aus, die vorher nicht konsultiert worden waren. Die Rede ist auszugsweise abgedruckt in: *Archiv der Gegenwart (AdG)* 43 (1973), S. 17834 ff.

6 Mit dem Motto „quality of life“ hatte 1956 der demokratische Präsidentschaftsbewerber Adlai E. Stevenson (1900–1965) die Erweiterung der Bürgerrechte und die Harmonisierung von moderner Lebensform und Umwelt gefordert. Von der Verbesserung der „Qualität des Lebens“ als ein wichtiges Ziel seiner Politik hatte Brandt erstmals am 13. Juli 1971 in einer Rede in der Evangelischen Akademie in Tutzing gesprochen. Vgl. Brandt, Willy: *Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974*, bearb. von Wolther von Kieseritzky, Bonn 2001 (Berliner Ausgabe, Bd. 7), Nr. 52.

7 Thomas Jefferson (1743–1826) verfasste 1776 die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika und war von 1801 bis 1809 ihr dritter Präsident.

8 Das Recht auf das „Streben nach Glück“ zählt die Amerikanische Unabhängigkeitserklärung neben Leben und Freiheit zu den unveräußerlichen Rechten eines jeden Menschen.

9 Die Begriffe „citoyen“ (frz.) und „citizen“ (engl.) meinen den für und in der Demokratie engagierten Staatsbürger.

der Bundesrepublik Deutschland zur Entspannung und Versöhnung mit den Nachbarn im Osten hat gleichzeitig Energien für den Aufbau des gemeinsamen Europa freigesetzt. Das Erkennen und die Hinnahme der Realitäten, die der von Hitler verursachte und von Deutschland verlorene Zweite Weltkrieg hinterließ, war – wie die Erfüllung mancher Notwendigkeit – ein schmerzlicher Akt der Befreiung.

Vor den Verträgen von Moskau¹⁰ und Warschau¹¹, den deutschen Beiträgen zum Viermächteabkommen über Berlin¹² und dem Vertrag, der unsere Beziehungen zum zweiten deutschen Staat normalisiert¹³, war jede unserer politischen Handlungen mit dem ungerechten Vorbehalt belastet, die Deutschen könnten zuletzt doch versuchen, die tragische Geschichte dieses Jahrhunderts einem höchst fragwürdigen Revisionsverfahren zu unterwerfen. Wir haben dieser Illusion ein Ende gesetzt.

Vielleicht haben wir uns damit von der Bürde eines „besonderen“ Schicksals freigemacht und sind endlich das geworden, was wir zu sein wünschen: ein ordentlicher europäischer Staat, dessen Bürger wissen, daß es die Welt müde ist, von Generation zu Generation mit der Qual einer jeweils anders artikulierten „deutschen Frage“ konfrontiert zu werden. Die Selbstbefreiung durch Desillusionierung hat uns nach West und Ost zum voll verhandlungsfähigen Partner gemacht. Dies bedeutet nicht, daß wir dem Ziel untreu geworden wären, dem eigenen Volk eines Tages – wenn es das dann will – wieder ein Zusammenleben zu ermöglichen. Aber dies ist nun eingebettet worden in die große Aufgabe aller Europäer, unseren zerrissenen Kontinent wieder zusammenzuführen. Der Abbau der Spannungen nach Osten ist die eine Hauptkomponente unserer Außenpolitik; der planvolle und energische Ausbau der Europäischen Gemeinschaft ist die andere. Beide Entwicklungen fügen sich nahtlos in die weltweite Diplomatie der Entspannung ein, mit der Präsident Nixon¹⁴ sein Konzept des Weltfriedens durch ein neues Gleichgewicht der Hauptmächte verfolgt. Dr. Kissinger hat dieser Tage zu Recht darauf hingewiesen, daß es sich hier nicht um isolierte Schritte handele, sondern daß wir es mit einer kollektiven Anstrengung zu tun haben.¹⁵

10 *Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion („Moskauer Vertrag“) wurde am 12. August 1970 unterzeichnet.*

11 *Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen („Warschauer Vertrag“) wurde am 7. Dezember 1970 unterzeichnet.*

12 *Das Vier-Mächte-Abkommen zwischen Frankreich, Großbritannien, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion über Berlin wurde am 3. September 1971 unterzeichnet.*

13 *Der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR („Grundlagenvertrag“) wurde am 21. Dezember 1972 unterzeichnet.*

14 *Richard M. Nixon (1913–1994), 1969–1974 37. Präsident der USA.*

15 *Zu dieser Rede vgl. Anm. 5.*

In der Zeit Konrad Adenauers¹⁶ pflegte man zu sagen, der europäische Einigungsprozeß könne nur unter der Pression einer akuten Bedrohung vorangetrieben werden. Es mag in den Anfängen so gewesen sein. Inzwischen haben wir nachgewiesen, daß es sich heute anders verhält: Europa braucht die Entspannung, um das Werk seiner Einigung entscheidend voranbringen zu können.

Man sagte auch, die Atlantische Allianz sei dem Verfall preisgegeben, wenn die Interessen ihrer Mitglieder nicht durch dramatische Krisen immer wieder zusammengeschiedet würden. Heute wissen wir, daß unser Bündnis mehr ist als eine Summierung vordergründiger militärischer Notwendigkeiten. Zuverlässige Sicherheit setzt die Garantie auch des militärischen Gleichgewichts voraus. Das zeigt der Titel jener Konferenz an, die durch – verständlicherweise schwierige – Vorgespräche in Wien geplant wird: dort steht das Thema der Mutual Balanced Forces Reductions zur Verhandlung.¹⁷

Dies berührt ein vitales gemeinsames Interesse der Vereinigten Staaten und Westeuropas, das zugleich ein neuralgisches Thema ist: nämlich die Präsenz amerikanischer Truppen auf unserem Kontinent. Präsident Nixon hat noch vor kurzem überzeugend sachlich begründet, daß eine Schwächung des US-Potentials in Europa seiner Friedensstrategie nicht dienen könne. Daran gibt es für mich nichts zu deuteln, denn dies ist die einfache und unumstößliche Wahrheit. Ein Rückzug der Vereinigten Staaten würde die Substanz der Verhandlungen gefährden.

Im Namen des Präsidenten ist erst dieser Tage wieder erklärt worden, er widersetze sich mit allem Nachdruck einem einseitigen Abzug amerikanischer Truppen. In der Tat: Amerikas Anwesenheit in Europa ist auch eine der Voraussetzungen der politischen Präsenz der USA an den Konferenztischen von Wien und Helsinki.¹⁸ Ohne sie kann aber – nun auch nach sowjetischem Urteil – nicht realistisch über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit verhandelt werden.

In Helsinki – in gewisser Hinsicht auch in Wien – hat eine harmonische Koordination zwischen den Staaten der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten eine wichtige Bewährung bestanden. Dies ist ein anderer Beweis, daß der engere Zusammenschluß der europäischen Partner untereinander die große transatlantische

¹⁶ Konrad Adenauer (1876–1967), 1949–1963 Bundeskanzler.

¹⁷ Die Wiener Verhandlungen über gegenseitig ausgewogene Truppenreduzierung (MBFR) in Europa zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Pakts begannen am 30. Oktober 1973 und endeten ergebnislos am 2. Februar 1989.

¹⁸ In Helsinki begann am 3. Juli 1973 die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte am 1. August 1975 abgeschlossen wurde.



Bundeskanzler Willy Brandt (l.) und der französische Staatspräsident Georges Pompidou (r.) im Kreis der Staats- und Regierungschefs beim Gipfeltreffen der Europäischen Gemeinschaft in Kopenhagen am 14. Dezember 1973

Partnerschaft nicht gefährdet, sondern sie auf dem Fundament eines neuen Selbstbewußtseins festigt. Europa wächst in die Aufgabe hinein, die ihm nicht zuletzt von großen Männern der amerikanischen Nachkriegspolitik zudedacht wurde.

Die europäische Realität einer emanzipierten Partnerschaft ist nicht nur für die Europäer selbst, sondern auch für Amerika eine neue, ja vielleicht ernüchternde Erfahrung. Diese neue Situation ist auch durch die Einsicht gekennzeichnet, daß die Europäisierung Europas bei weitem nicht vollendet ist. Wir haben es noch immer schwer, „mit einer Stimme zu sprechen“, weil uns noch immer manche Besonderheit nationaler Gegebenheiten von gemeinsamen Entscheidungen fernhält.

Indessen bewiesen gerade jene stürmischen Tage im März dieses Jahres, in denen uns die bisher letzte Währungskrise zu schaffen machte¹⁹, daß der innere Konsensus in der Europäischen Gemeinschaft, der sich um den Kern der deutsch-französischen Solidarität gebildet hat, nur noch eine Handbreit vom Durchbruch in die Wirklichkeit entfernt ist. Von den Vereinigten Staaten verlangt diese Situation, daß sie, großzügig und verständnisvoll, mit den Partnern in der Europäischen Gemeinschaft so umgehen, als wäre die Gemeinschaft schon der eine große Partner. Die kommenden Gespräche über Welthandel und Weltwährung werden diesen Mut zur Realität von morgen erfordern. Amerika erwartet, daß seinen Erwartungen fair begegnet wird; dies gilt natürlich auch umgekehrt.

Der Mut zum Morgen sollte uns nicht schwer werden, denn schon das Heute ist durchaus ermutigend. Der Gemeinsame Markt hat, entgegen einer Legende, den transatlantischen Wirtschaftsaustausch nicht behindert, sondern gefördert. Die amerikanischen Exporte sind stärker gestiegen als in irgendeinem anderen Teil der Welt. Selbst die agrarischen Ausfuhren haben sich, wie die Zahlen ausweisen, besser entwickelt als es häufig behauptet wird. Von den amerikanischen Investitionen und den daraus resultierenden Gewinnen ganz zu schweigen.

Eine Abriegelung, durch welche Sperren auch immer, diente weder der einen noch der anderen Seite. Die alternative Frage, ob Amerika Partner oder Konkurrent Europas sein wird, scheint mir falsch gestellt. Wir wollen Partner sein. Aber es wird uns nicht erspart bleiben – nach den Regeln der Marktwirtschaft und des Wettbewerbs –, auch Konkurrent zu sein. Konkurrenz fördert, nach einem alten Kaufmannswort, das Geschäft. Ängstlichkeit hat hier kein Recht.

Die Europäische Gemeinschaft weiß zum anderen, daß die Kraft, die ihr aus dem Zusammenschluß zuwächst, auch eine Partnerschaft in der Verantwortung verlangt: nicht nur durch ihre eigenen Leistungen in einer weltweiten Politik der Entspannung, nicht nur in der Bewahrung ihrer Sicherheit, sondern auch in ihrer Pflicht gegenüber den armen Völkern der Dritten Welt. Wie diese Partnerschaft zwischen Amerika und dem sich einigenden Europa – und darüber hinaus anderen Faktoren der Industrielwelt – vereinbart werden kann, darüber gilt es intensiv nachzudenken. Aus dem Weißen Haus sind dieser Tage wichtige Vorschläge und Anregungen in die Diskussion

19 Im Februar und März 1973 war es zu einer internationalen Währungskrise gekommen. Die Zentralbanken in den meisten europäischen Ländern und in Japan mussten in großem Umfang spekulative Dollar-Zuflüsse aufnehmen, um den Wechselkurs ihrer Währung gegenüber der amerikanischen Leitwährung zu verteidigen. Zeitweise wurden die Devisenbörsen weltweit geschlossen.

eingeführt worden. Man wird verstehen, wenn ich darauf jetzt – unmittelbar vor Besprechungen mit Präsident Nixon²⁰ – nicht eingehe.

Das neue Selbstbewußtsein Europas, von dem ich sprach, gründet sich auf den Willen, nun die Aufgabe zu erfüllen, an der es in der Gefangenschaft der Nationalismen, in seiner Nachgiebigkeit gegenüber dem Unrecht und seinem zivilisatorischen Hochmut so lang versagt hat: nämlich ein Beispiel zu sein für die Herrschaft der Vernunft über die Produktion, die Herrschaft der Gerechtigkeit über die Egoismen der Macht und die Herrschaft der Humanität über die Krankheit der Intoleranz. Jeder Fortschritt, den wir auf diesen Gebieten erreichen, kommt auch unseren Partnern in der Welt zugute – allen voran unseren Freunden in den Vereinigten Staaten.

²⁰ Bundeskanzler Brandt besuchte die USA vom 29. April bis 3. Mai 1973. Zu seiner Unterredung mit Nixon am 1. Mai 1973 vgl. Brandt, Willy: *Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974*, bearb. von Frank Fischer, Bonn 2005 (Berliner Ausgabe, Bd. 6), Nr. 72.

■ **S C H R I F T E N R E I H E**
D E R B U N D E S K A N Z L E R -
W I L L Y - B R A N D T - S T I F T U N G

- Heft 1 ***Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis***
Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8
- Heft 2 ***Politik für Berlin – Willy Brandt 1957 – 1966***
Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6
- Heft 3 ***Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik***
Vortrag am 9. Oktober 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4
- Heft 4 ***Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus***
Vortrag am 22. April 1999 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2
- Heft 5 ***Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur
Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969***
Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0
- Heft 6 ***Carsten Tessmer (Hrsg.): Das Willy-Brandt-Bild in
Deutschland und Polen***
Berlin 1999, ISBN 3-933090-05-9
- Heft 7 ***Einhart Lorenz (Hrsg.): Perspektiven aus den Exiljahren***
Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7
- Heft 8 ***Timothy Garton Ash: Wächst zusammen, was zusammengehört?***
Berlin 2001, ISBN 3-933090-07-5

- Heft 9 ***Horst Ehmke: Reformpolitik und „Zivilgesellschaft“***
Berlin 2001, ISBN 3-933090-08-3
- Heft 10 ***Remembering Willy Brandt – Egon Bahr, Henry Kissinger und
die deutsch-amerikanischen Beziehungen***
Berlin 2003, ISBN 3-933090-09-1
- Heft 11 ***Peter Glotz: Willy Brandts Charisma***
Berlin 2004, ISBN 3-933090-10-5
- Heft 12 ***Basil P. Mathiopoulos: Willy Brandt – Anmerkungen zu einem Freund***
Berlin 2005, ISBN 3-933090-11-3
- Heft 13 ***Hans Arnold: Willy Brandt und Europa***
Berlin 2006, ISBN 3-933090-12-1

*Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
von Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler*

Mit der „Berliner Ausgabe“ ausgewählter Reden, Artikel und Briefe von Willy Brandt wird erstmals das politische Wirken des bedeutendsten deutschen Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts umfassend dokumentiert. In zehn Bänden werden die Etappen der langen politischen Laufbahn Brandts nachgezeichnet: vom jungen Linkssozialisten, der in die Emigration gezwungen wurde, zum Hoffnungsträger vieler Berliner Sozialdemokraten; vom Regierenden Bürgermeister der geteilten Stadt zum Kanzlerkandidaten und Vorsitzenden der SPD; vom Außenminister der Großen Koalition zum ersten sozialdemokratischen Regierungschef in der Bundesrepublik; vom Bundeskanzler zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale und Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission.

Die Bände sollen eine breite historisch-politisch interessierte Öffentlichkeit ansprechen. Jedem der zehn Bände wird eine umfangreiche Einleitung vorangestellt, in der die edierten Texte – durchaus auch mit kritischen Akzenten – in den historischen Zusammenhang eingeordnet werden. Die Bände – in Hardcover mit Schutzumschlag – umfassen je etwa 500 Seiten und enthalten zahlreiche Abbildungen.

Band 1 Hitler ist nicht Deutschland

Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928–1940

Bearb. von Einhart Lorenz, ISBN 3-8012-0301-8

Band 2 Zwei Vaterländer

Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940-1947

Bearb. von Einhart Lorenz, ISBN 3-8012-0302-6

Band 3 **Berlin bleibt frei**

Politik in und für Berlin 1947–1966

Bearb. von Siegfried Heimann, Bonn 2004, ISBN 3-8012-0303-4

Band 4 **Auf dem Weg nach vorn**

Willy Brandt und die SPD 1947–1972

Bearb. von Daniela Münkler, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0304-2

Band 5 **Die Partei der Freiheit**

Willy Brandt und die SPD 1972–1992

Bearb. von Karsten Rudolph, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0305-0

Band 6 **Ein Volk der guten Nachbarn**

Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974

Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2005, ISBN 3-8012-0306-9

Band 7 **Mehr Demokratie wagen**

Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974

Bearb. von Wolther von Kieseritzky, Bonn 2001, ISBN 3-8012-0307-7

Band 8 **Über Europa hinaus**

Dritte Welt und Sozialistische Internationale

Bearb. von Bernd Rother u. Wolfgang Schmidt, ISBN 3-8012-0308-5 (erscheint Herbst 2006)

Band 9 **Die Entspannung unzerstörbar machen**

Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974–1982

Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2003, ISBN 3-8012-0309-3

Band 10 **Gemeinsame Sicherheit**

Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992

Bearb. von Uwe Mai, ISBN 3-8012-0310-7 (erscheint Herbst 2007)

■ W I L L Y - B R A N D T - S T U D I E N

Daniel Friedrich Sturm: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006, ISBN 3-8012-0363-8

■ S O N S T I G E V E R Ö F F E N T L I C H U N G E N

Willy Brandt 1913 – 1992

Eine Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg zu Berlin und des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Katalog zur Ausstellung von Gertrud Lenz Berlin 1996, ISBN 3-931321-21-5

Struggle for Freedom. Willy Brandt 1913 – 1992

Permanent Exhibition of the Federal Chancellor Willy Brandt Foundation and of the Willy Brandt Archive in the Archives of Social Democracy of the Friedrich Ebert Foundation at the Schöneberg City Hall in Berlin. Exhibition Catalogue by Gertrud Lenz Berlin 2001, ISBN 3-933090-99-7

Gerechte Entwicklung wagen: Ein unerfülltes Versprechen!

Anforderungen an einen „Brandt-Report“ für das 21. Jahrhundert (gemeinsam mit der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn) Bonn 2000, ISBN 3-927626-40-6

Johannes Rau: Gedenkrede zum 10. Todestag Willy Brandts am 8. Oktober 2002

herausgegeben in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin/Bonn 2002, ISBN 3-89892-129-8

Darüber hinaus wird auf die Online-Publikationen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter www.willy-brandt.de verwiesen.

■ DIE BUNDESKANZLER - WILLY - BRANDT - STIFTUNG

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (BWBS) ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Ihr Sitz ist das Rathaus Schöneberg zu Berlin. Die Stiftung hat den Zweck, das Andenken an das Wirken Willy Brandts für Freiheit, Frieden und Einheit des deutschen Volkes und die Sicherung der Demokratie für Europa und die Dritte Welt, die Vereinigung Europas und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren und so im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages einen Beitrag zum Verständnis des 20. Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten.

Die Dauerausstellung „Um die Freiheit kämpfen – Willy Brandt. 1913 – 1992“ im Rathaus Schöneberg ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Donnerstags, samstags und sonntags finden jeweils um 14 Uhr und um 16 Uhr kostenlose Führungen statt. Zusätzliche Führungen sind auf Anfrage möglich. Der Eintritt ist frei.

Ende 2007 wird das „Willy-Brandt-Haus Lübeck“ als Außenstelle eröffnet. Im Programmangebot der BWBS in der Geburtsstadt Willy Brandts werden eine Dauerausstellung sowie historisch-politische Bildungsveranstaltungen stehen.

■ BILDNACHWEIS

Bundesbildstelle: Cover

dpa: S. 33

© aller übrigen Fotos bei der BWBS

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hans Arnold: Willy Brandt und Europa: Vortrag im Rathaus Schöneberg zu Berlin, 6. Oktober 2005

[Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfgang Schmidt...]. 1. Aufl. – Berlin: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2006 (Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ; H. 13)

ISBN 3-933090-12-1

